



Deutsch-Französische Gesellschaft Baden-Baden e.V.  
Cercle Franco-Allemand Baden-Baden

## KOLUMNE der DFG

28. Mai 2024

### Europa wählt

Vom 6. bis zum 9. Juni finden in den 27 Mitgliedsstaaten der EU zum 10. Mal seit 1979 direkte Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Dieses Mal werden 720 Abgeordnete nach festgelegten Kontingenten in ihren jeweiligen Heimatländern gewählt. Bei uns geht es am 9. Juni um insgesamt 96 Mandate. Deutschland als bevölkerungsstärkstes Land kann das größte, Malta mit 6 Mandaten das kleinste Kontingent entsenden. Das EU-Parlament ist damit das größte demokratisch gewählte Parlament der Welt. Die 705 Abgeordneten der laufenden 9. Wahlperiode gehören rund 100 politischen Parteien an und sind in 8 Fraktionen organisiert, die in über 20 Sprachen über die Zukunft des Kontinents beraten und entscheiden. Sie haben die aktuelle EU-Kommission und ihre Präsidentin mit der Mehrheit von Konservativen (EVP), Sozialdemokraten (S&D) sowie Liberalen (RENEW) gewählt. Seither heißt dieses informelle Dreierbündnis im Brüsseler Jargon „Ursula-Mehrheit“. Es hat sich in den letzten fünf Jahren als eine solide Basis für die Fortentwicklung des europäischen Projekts erwiesen. Bei der anstehenden Wahl geht es – wie die „Zeit“ zu Recht meint - nicht zuletzt darum, ob diese Mehrheit der Mitte bestätigt wird oder ob sich die Statik der EU-Politik angesichts stärker werdender Kräfte am bisherigen rechten Rand verändert.

„EU-bashing“, also auf die EU zu schimpfen, gehört seit Jahren in den Medien, aber auch bei Gesprächen mit vielen Menschen hierzulande, fast schon zum guten Ton. Manchmal ist das auch berechtigt. Denken wir beispielsweise an die von der EU-Kommission verantwortete Überregulierung vieler

Lebensbereiche oder den oft großzügigen Umgang mit öffentlichen Mitteln: muss das EU-Parlament unbedingt zwischen Brüssel und Strasbourg pendeln und braucht die EU einen Auswärtigen Dienst mit zahlreichen Auslandsvertretungen, obwohl es dort schon nationale Botschaften gibt? Noch haben wir ja keine wirklich gemeinsame Außenpolitik. Und was ist von den massiven Subventionen für die europäische Landwirtschaft zu halten, die zu Lasten so vieler Länder des sog. Globalen Südens gehen? Und warum kann der bedeutendste Binnenmarkt der Welt seine äußere Sicherheit nicht selbst gewährleisten, sondern stützt sich dafür auch fast 70 Jahre nach Gründung der EWG immer noch auf die NATO und damit auf die USA ?

Es gibt aber auch eine andere mindestens ebenso wichtige Seite derselben Medaille:

Die EU ist unbestritten das größte Friedensprojekt in Europa. Seit fast 80 Jahren hat es auf dem Territorium der Mitgliedsstaaten keinen bewaffneten Konflikt mehr gegeben. Zwischen den meisten Mitgliedsstaaten gibt es keine oder kaum noch Grenzkontrollen: Menschen können sich dank dem Schengen-Abkommen frei auf fast dem gesamten Kontinent bewegen. In 20 Staaten gibt es mit dem Euro eine einheitliche Währung; die lästige Geldwechselei vergangener Zeiten gibt es nicht mehr. Der Europäische Gerichtshof in Luxemburg achtet auf die einheitliche Anwendung des Rechts im EU-Gebiet. Eine gemeinsame Handelspolitik und der riesige Binnenmarkt sind unentbehrlich für den Wohlstand der Menschen in Europa und sind Attraktion für die wenigen Staaten in Europa, die es noch nicht sind, Mitglied werden zu wollen. Dass ein Mitgliedsstaat wieder ausgetreten ist, bedauern immer mehr der betroffenen Menschen dort, zumal sich die ihnen vorgespiegelte Hoffnung, danach gehe es ihnen

besser, erwartungsgemäß als falsch und völlig unbegründet erwiesen hat.

Die EU ist mithin eine Erfolgsgeschichte, die die Erwartungen und Hoffnungen der Gründer nach dem II. Weltkrieg weitgehend erfüllt und in vieler Hinsicht auch übertroffen hat. Dennoch bleibt noch viel zu tun. Das zeigt sich auch und gerade in der derzeitigen schwierigen geopolitischen Entwicklung, bei der Europa seinen Platz zwischen den Schwergewichten USA und China nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet, sondern vor allem im politischen Bereich finden muss. Auf sich allein gestellte Nationalstaaten – und das gilt genauso auch für Deutschland – können da auf Dauer nicht mithalten. Wenn Europa in diesem Konzert eine gleichberechtigte Rolle spielen will, muss es mit einer Stimme sprechen. Dafür benötigt die EU rasche und nachhaltige Verbesserungen ihrer Funktionen. Das betrifft neben dem Bürokratieabbau vor allem die Außen- und Sicherheitspolitik. Henry Kissingers abschätziger Kommentar vor vielen Jahren, ob ihm jemand die Telefonnummer der EG nennen könne, ist leider auch heute noch nicht völlig obsolet. Die langjährige Kakophonie in der Migrationspolitik der EU ist dafür ebenso Beleg wie die uneinheitliche Reaktion der EU auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, ganz zu schweigen von den Problemen mit illiberalen Regimen innerhalb der EU oder autoritären Systemen außerhalb.

In den letzten Jahrzehnten war das Europäische Parlament oft der Antreiber, wenn es um bedeutende politische Entscheidungen ging, und gab dabei wichtige Impulse. Jüngstes Beispiel ist der Parlamentsbeschluss über einen Kompromiss in der lange umstrittenen Migrationsfrage, der einige Wochen später nun vom Europäischen Rat gebilligt wurde. Zwar ist der Rat – wie die Wahl der amtierenden Präsidentin der Kommission gezeigt hat – nicht unbedingt an alle Beschlüsse des Parlaments gebunden, wichtige politische Entscheidungen der EU sind aber ohne Zustimmung durch das Parlament nicht möglich. Das gilt für die Wahl einer neuen Kommission ebenso wie für etwaige Erweiterungspläne oder Strukturreformen und für den Haushalt ohnehin.

Deshalb kommt den kommenden Wahlen große Bedeutung für die weitere Entwicklung Europas zu. Allerdings besteht für manchen Beobachter die Gefahr, dass das Parlament nach den Wahlen nicht

mehr der Antreiber, sondern ein Bremser oder gar Blockierer werden könnte. Europa ist – darauf hat Mathias Krupa in der „Zeit“ zu Recht hingewiesen – „in den letzten Jahren nach rechts gerückt. Nationalisten und Populisten sind in vielen Ländern erstarkt.“ Und er stellt die Frage, ob dieser Trend sich auch bei der kommenden Parlamentswahl fortsetzen und damit die bisherige EU-freundliche Mehrheit von Konservativen, Sozialdemokraten und Liberalen sowie in einzelnen Fragen der Grünen gefährden könnte. Schon jetzt stellen radikale rechte Gruppierungen fast ein Viertel der Abgeordneten. In 9 Mitgliedsstaaten, darunter in vier der sechs Gründerstaaten der EWG, rangieren radikale Rechte in aktuellen Umfragen auf dem ersten Platz. Es steht zu befürchten, dass sie aus der Wahl gestärkt hervorgehen könnten. Nikolaus Blume stellt im „Spiegel“ gar die Frage, ob es sich bei dieser Wahl angesichts einer möglichen gegenseitigen Blockade von Europafreunden und Europagegnern um die letzte Europawahl handeln könnte.

Ganz so schlimm wird es wohl nicht werden, zumal die Populisten und Nationalisten innerhalb des radikal rechten Spektrums sich in vielen Fragen uneinig, vielfach gar tief zerstritten sind. Dennoch ist das kein Anlass sich zurückzulehnen: in der kommenden Wahl wird es darum gehen, diejenigen demokratischen Kräfte zu fördern, die sich für ein starkes Europa einsetzen, das in einem neu sich ordnenden geopolitischen Umfeld auch in Zukunft für Sicherheit, Frieden und Wohlstand im Inneren und eine starke Präsenz nach außen sorgen kann. Nur eine auf demokratischen Prinzipien ruhende EU kann auf Dauer bestehen. Europa hat in der Tat die Wahl.

**Dr. Rainald Steck**

**Vizepräsident**

*PS: Hintergrundmaterial zum Europäischen Parlament findet sich u.a. bei [tagesschau.de](http://tagesschau.de) und auf der Internetseite des Europäischen Parlaments.*